

WERNER KRÄMER

ZUR GESELLSCHAFTLICHEN LAGE DER ARBEITERSCHAFT

Seitdem sich Vertreter der Kirchen und der kirchlichen Verbände in Fällen massiver Arbeitsplatzvernichtung, besonders bei Betriebsstillegungen, mit den Betroffenen solidarisieren, ist eine öffentliche Auseinandersetzung im Gang. Repräsentanten der Unternehmerseite sprechen denen, die für die Betroffenen Partei ergreifen, die Fähigkeit und die Berechtigung zur Parteinahme ab, weil es ihnen sowohl an Informationen als auch an Urteilsvermögen für die getroffene Maßnahme fehle. Demgegenüber haben kirchliche Mitarbeiter mehrfach die These vertreten, daß sie sehr wohl die Anliegen der Betroffenen mittragen könnten, ohne deren gewählte Vertreter zu sein, auch ohne umfassenden Einblick in die sogenannten ökonomischen Sachzwänge des Einzelfalls.

Die Legitimation von den Betroffenen her ergibt dann einen Sinn, wenn ihr eine "soziale Kompetenz" entspricht: Das Urteil, was ein Arbeitsplatzverlust bedeutet, kann sich auch von der Kenntnis der Lebenschancen der Arbeiter und ihrer Familien her rechtfertigen. Die Zukunft ganzer Stadtteile und der dort lebenden Menschen kann nicht durch die resignative Annahme ökonomischer Entscheidungen bestimmt sein. Die in diesem Bereich zu beachtenden Gesetzmäßigkeiten wird zwar niemand leugnen (vgl. Gaudium et spes Nr. 36), aber gegenüber der Tendenz, wirtschaftliche Autonomie zu verabsolutieren, sind soziale und ethische Forderungen einzuklagen: Ökonomische Entscheidungen über Arbeitsplatzverlagerungen, über die Konstruktion und Organisation von Arbeitsrollen haben auch Auswirkungen auf die Kommunikationsfähigkeit der Arbeitenden in der Familie, auf die sozialen Kontakte außerhalb der Arbeit, auf die Gestaltung der Freizeit. Wird aber die Chance für eine ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung in der Arbeit und durch die Arbeit minimiert und eine Verbindung von Arbeit und Lebenssinn kaum noch zugelassen, ist ein wichtiger Lebensbereich deformiert, dem eine identitäts-

stiftende Funktion zukommt. Beim Eintritt in das Arbeitsleben oder bei ihrem Ausscheiden erfahren immer mehr Menschen schockartig die fortschreitende Zweiteilung zwischen Arbeit und Leben; als Arbeitende reagieren sie mit einem Fluchtverhalten. Zwischenmenschliche Beziehungen, schöpferische Eigenverantwortlichkeit, selbstbestimmte Zeitdisposition suchen sie nach und außerhalb der Arbeit. Dieses Verhalten wird ihnen durch die widersprüchliche Kombination zweier ethischer Prinzipien unseres Wirtschaftssystems aufgedrängt. In der Arbeit wird ihnen ein striktes Pflichtethos als Unterwerfung unter die Disziplin der Hierarchie und der Maschinen abverlangt; demgegenüber sollen sie in der freien Zeit einem möglichst unbegrenzten Lustprinzip folgen und die unter lebensberaubenden Bedingungen produzierten Waren verbrauchend genießen. Diese widersprüchliche Konstruktion und Trennung von Arbeit und Leben ist eine Folge des nach den ökonomistischen Grundsätzen des Liberalismus gestalteten Wirtschaftssystems, das "die wirtschaftliche Initiative ausschließlich der Kapitalbesitzer stärkte und sicherte" und die menschliche Arbeit lediglich als ein Produktionsmittel charakterisierte (vgl. Laborem exercens Nr. 8.3). Aber nicht nur die Zuordnung des Pflichtethos zur Arbeit und des Lustprinzips zum Konsum, sondern die immer stringendere Segmentierung des Wirtschaftsmechanismus als autonomer Bereich ökonomischer Gesetze (gegenüber dem metaökonomischen Bedürfnis nach ganzheitlicher Lebensorientierung) sind die Ursache für die strukturelle Trennung von Arbeits- und sogenannter Freizeitwelt. In diesem Prozeß der Segmentierung gesellschaftlicher Wirklichkeit wird aus den Bereichen von Politik und Wirtschaft immer wieder der Versuch unternommen, Theologie und Kirche auf die Zuständigkeit für das Individuelle, für die Innerlichkeit und für das Private festzulegen.

Die Notwendigkeit, diesem gesellschaftlichen Druck entgegenzuwirken und eine berechnete Zuständigkeit für die Probleme der Industrie- und Arbeitswelt sowie für die sie prägenden Strukturen zu erwerben, ergibt sich für Kirche und Theologie

aus ihrem Selbstverständnis. Das aktive Eintreten für die Gerechtigkeit und die Beteiligung an der Umgestaltung der Welt sind für die römische Bischofssynode wesentlicher Bestandteil der Verkündigung der Frohen Botschaft, also der Sendung der Kirche zur Erlösung der Menschen und ihrer Befreiung aus jedem Zustand der Unterdrückung (De iustitia in mundo Nr 6). Für diejenigen aber, die sich als die Schwächeren in diesem Wirtschaftssystem erfahren, wird sich der prophetische Dienst aus dem Evangelium erst dann legitimieren, wenn er das bisherige Maß an Inaktivität aufwiegt, das die Betroffenen als Duldung der Zustände interpretieren mußten.

Gegen diese Tendenz geht der Fastenhirtenbrief der niederländischen Bischöfe (Utrecht 1980) an, indem er betont, daß die Lasten der Arbeit nicht gleich verteilt sind. "Es gibt auch Menschen, für die es beinahe normal geworden ist, ohne Freude an der Arbeit, ohne das Gefühl, von der Gesellschaft her zu ihrem Recht zu kommen, leben müssen....

Wenn Menschen leiden, dann ist das immer ganz persönlich, aber die Ursache dafür ist nicht immer nur persönlich, sondern struktureller Art." Zu deren Analyse gehöre auch "eine kritische Betrachtung von Auffassungen und Ansichten, die im Laufe der Jahrhunderte selbstverständlich und zu Unrecht fast absolute Normen geworden" seien. "Von besonderer Tragweite sind unseres Erachtens alle Schritte, die dazu beitragen können, die Klassenunterschiede in unserem Volk zu durchbrechen, so daß die Menschen die Lebens- und Arbeitsumstände anderer besser verstehen lernen und dadurch die Bereitschaft wächst, die Lasten, die Arbeit und das Einkommen besser zu verteilen" (Seite 9, 12, 50).

1. Perspektiven der gesellschaftlichen Analyse

Die Lebenschancen und die Arbeitsumstände der Menschen, die als abhängig Beschäftigte in der Privatwirtschaft den modernen Produktionsbedingungen unterworfen sind, wahrzunehmen, ist oft mit der Revision sozialer Vorurteile verknüpft. Beobachtungen und Urteile über derart komplexe Situationen sind immer auch zum Teil Ableitungen aus unseren eigenen gesamtgesellschaftlichen Vorstellungen. Teile unseres Gesell-

schaftsbildes mögen wissensmäßig erworben sein, die meisten sind Ergebnis unserer gesammelten Alltagserfahrungen. Sie sind entstanden durch die Auseinandersetzung mit unserer Umwelt, auch mit den dort verkündeten Gesellschaftsbildern. So diffus derartige Vorstellungen auch sein mögen, meist neigen sie dazu, Bestehendes zu akzeptieren und objektiv differente Lebenssituationen zu harmonisieren. Auch den Verfassern des Synodenbeschlusses "Kirche und Arbeiterschaft" schien es unumgänglich, auf die Neigung zu einseitig harmonistischer Sicht in weiten Teilen der Kirche (1.4.3.) hinzuweisen, weil diese ins vorargumentative Bewußtsein gesunkene Sehweise den Blick für die tatsächlich bestehenden Interessensgegensätze und die aus ihnen sich ergebenden Konflikte verstellt.

Diese Grundeinstellung habe, wegen der weltanschaulichen Konfrontation mit dem Marxismus, es sogar verhindert, die analytischen Begriffe Klasse und Klassengesellschaft in der Enzyklika Pius XI. aus dem Jahre 1931 (vgl. Quadregesimo anno Nr. 83 und 114) wahrzunehmen.

Gegenüber dem im deutschen Katholizismus fortlebenden ständegesellschaftlichen Denken hatte schon 1835 Franz von Baader die Ursache für das soziale Elend der Arbeiter dadurch beschrieben, daß er die Wirtschaftsmacht der Unternehmer analysierte: "Wie oft habe ich... den meetings... in England beigewohnt, welche alle mit der Festsetzung eines Maximums für die Arbeitslöhne und eines Minimums für die Verkaufspreise endeten." Während die Unternehmer in gemeinsamen Absprachen ihre Macht aufbauten und verteidigten, wehrten sie den Arbeitern den Zusammenschluß, weil "die Freiheit der Konkurrenz kein Monopol verträgt". Baaders Analyse des wirtschaftlichen Machtkampfes zwischen den "Proletaires" und den "Vermögen-besitzenden-Klassen", mit der er sich an die reformierten Kreise aller politischen Lager in Deutschland wandte, zielte auf den zentralen Grund der Ohnmachtposition der Arbeiterschaft: Gerade im sogenannten freien Lohnarbeitsverhältnis sind die "Proletaires" der Lohn- und Preisfestsetzungsmacht der Fabrikherren ausgeliefert. Gesellschaftliche Veränderungen im Sinn der sozialen Gerechtigkeit

keit sind für die neue soziale Klasse nur dann zu erwarten, wenn den Arbeitern ein neues, zeitgemäßes Repräsentationsrecht und ein Recht auf Selbstorganisation zugestanden wird.¹ Zu einer noch schärferen Beurteilung kam Franz Josef von Buß in seiner Rede vor dem Badischen Landtag im Jahre 1837, wenn er das Lohnarbeitsverhältnis als eine "Hörigkeit neuer Art" bezeichnet, da es nicht einmal die Wechselseitigkeit (von Rechten und Pflichten) der mittelalterlichen Leibeigenschaft kenne. Eine Verbesserung der Lage der Arbeiter erwartete Buß, der auch die Lohnabsprachen der Fabrikherren vor Augen hatte, vor allem durch die Verabschiedung einer Fabrik- und Gewerbeordnung².

Die beiden frühen Analysen (vor Karl Marx) zeichnen sich dadurch aus, daß sie durch Beobachtung der Situation (vor allem in England und Frankreich) im Rahmen einer konkreten Machtanalyse den individuellen Lohnarbeitsvertrag als das Instrument erkennen, der die gesellschaftliche Lage der Arbeiter bestimmt. Dieser Ansatz konnte sich gegenüber der in Theologie und Sozialkatholizismus verbreiteten Auffassung nicht durchsetzen, die in einer ausschließlich ganzheitlich-symbolischen Betrachtungsweise immer auch den Schöpfungsentwurf Gottes rekonstruierte, und zwar derart, daß Dingen und gesellschaftlichen Strukturen immer zugleich auch ein Sinn im Gesamt der theistischen Weltdeutung zugesprochen wird. In dieser Deutung, die etwa die "Studienrunden" vertreten, wurde die kapitalistische Ordnung scharf kritisiert, weil sie "in allen Dingen gegen die natürlichen und geoffenbarten Gottesgesetze verstößt" (Vogelsang); sie

1 F. von Baader, Über das dermalige Mißverhältnis der Vermögenslosen oder Proletaires zu den Vermögen-besitzenden-Klassen, in: Bundesverband der KAB (Hg.), Texte zur Katholischen Soziallehre II,1, Kevelaer 1976, 43-53; Vgl. E. Benz, Franz von Baaders Gedanken über den Proletair, in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 1 (1948), 97-123; hier 114: "Was (Baader) dabei vor allem bewegte, war die entsetzliche Angst vor einer kommenden Sozialentwicklung Europas, in der die Kirche ihre soziale Aufgabe ganz verraten und in der der Aufstieg des Proletariats sich im Kampf gegen die Kirche und gegen das Christentum vollziehen würde."

2 F.J. von Buß, Rede am 25. April 1837, in: Texte zur Katholischen Soziallehre II,1 (s.o.Anm. 1), 54-86, hier 65.

wird als "durch und durch wucherisch" bezeichnet (Freiburg 1887), weil sie dem Arbeiter und seiner Familie nicht alle nötigen Unterhaltungsmittel und einen Sparpfennig für die Zeit der Arbeitslosigkeit zukommen lasse (Haid 1883)³. Diese Deutung konnte die "Herzlosigkeit der Betriebsherren und deren ungezügelte Habgier" (Rerum novarum Nr.2) und die daraus folgenden Mißstände, das Elend und die Not der Arbeiterschaft analysieren und kritisieren, aber die Schärfe des sozialen Konflikts, die in ihm zutage tretenden Machtpotentiale, die ihn begründende Herrschaft von Menschen über Menschen kommen weit weniger in den Blick; denn diese ganzheitlich-symbolische Betrachtungsweise arbeitet nicht mit der Unterscheidung von Situationserhebung und Sinndeutung, sondern mit der wahren Deutung durchgängiger Kontinuen wie Reichtum und Armut, Obrigkeit und Untergebene, Einheit und Vielheit. Einen neuen Ansatz in der Gesellschaftsanalyse und -deutung beschritt im Jahre 1929 G. Gundlach, indem er in Auseinandersetzung mit den verschiedenen Wissenschaftsrichtungen und deren Erkenntniswegen die traditionelle christliche Grundposition des realen Idealismus neu erhebt; die soziale Wirklichkeit der Gesellschaft und ihrer Gliederungen wird nicht mehr als Seinsgemeinschaft in dem Sinn begriffen, daß sich das Leben von ihr erst in die Einzelnen ergießt (vgl. corpus mysticum, Stand), sondern als intentionales Sein, das in seiner konkreten Lebendigkeit als normgerichteter Handlungszusammenhang der sozial verbundenen Individuen erscheint (soziale Klasse). Dieser Ansatz ist offen für die soziologische Betrachtung und für den Entwurf einer zu entwickelnden Gesellschaftsordnung.⁴

3 Nach A. Berchtbold, Von Rerum novarum bis Populorum progressio, in: H. Glassl (Hg.), Ein Leben - drei Epochen, Festschrift für Hans Schütz, München 1971, 13f; vgl. auch K. Lugmayer, Grundrisse zur neuen Gesellschaft. Berufsständische Bedarfswirtschaft nach Vorgängern und Zeitgenossen, Wien 1927.

4 Vgl. G. Gundlach, Zur Geistesgeschichte der Begriffe Stand und Klasse, (1929) posthum veröffentlicht, in: Ders., Die soziale Ordnung II, Köln 1964, 191-204; ders., Artikel "Klasse", in: Staatslexikon III, Freiburg⁵ 1929, 383-399.

In der Enzyklika *Quadragesimo anno* ist Gundlachs Ansatz an zwei Stellen erkennbar: Die sich gegenüberstehenden Arbeitsmarktparteien und die um die gesellschaftliche Herrschaftsstellung des Eigentums entstandene Auseinandersetzung zwischen den Klassen (Nr. 83; 114) deuten auf die Analyse konstanter Strukturelemente der industriellen Gesellschaft. Während O.v. Nell-Breuning die Katholische Soziallehre immer als normative Wissenschaft angesehen hat, der es nicht um die Erkenntnis der sozialen Wirklichkeit aus theoretischem Interesse geht, sondern um den Entwurf für das richtige Handeln, der auf den Ergebnissen der Fachwissenschaften aufbaut⁵, schlug F. Hengsbach die idealtypische Konstruktion verschiedener Profile von "Soziallehre" vor.⁶

Unter dem Eindruck der immer stärkeren Segmentierung der Humanwissenschaften und dem Auseinanderklaffen von Aktion und Besinnung haben Johannes XXIII. (*Mater et magistra* 236f) und Paul VI. (*Octogesima adveniens* Nr.4; 42) einen ganz anderen Weg eröffnet bzw. zugelassen: Die christlichen Gemeinschaften müssen die Verhältnisse ihres jeweiligen Landes objektiv abklären, in Auseinandersetzung mit dem Evangelium und der Soziallehre, sowie in gegenseitiger Unterstützung und Korrektur, gesellschaftliche Reformen initiieren. Diese Neuumschreibung der Trägerschaft, der Situationsanalyse aus Erfahrung und Betroffenheit, die Problematik der Konsensfähigkeit ethischer Argumente und deren Annahme durch die Handelnden stellen eine neue Anfrage der wissenschaftlichen Begründungsfähigkeit einer theologischen Handlungslehre dar.⁷

Im Zusammenhang der Fragestellung nach der Perspektive

5 O.v. Nell-Breuning, *Gerechtigkeit und Freiheit. Grundzüge Katholischer Soziallehre*, Wien 1980, 95, vgl. ders., Artikel "Gesellschaft", in: Ders./H. Sacher (Hg.), *Wörterbuch der Politik*, Freiburg 1954, Heft 1, 27ff.

6 F. Hengsbach, *Arbeit hat Vorrang. Eine Option katholischer Soziallehre*, Mainz 1982, 274-306; Ders., *Drei Typen Katholischer Soziallehre*, in: *Orientierung* 46 (1982), 132-135.

7 Vgl. St. Pfürtnner, *Einführung in die Katholische Soziallehre*, Darmstadt 1980, 47; vgl. Hengsbach (s.o. Anm. 6), 300-306.

der Gesellschaftsanalyse kann hier nur darauf hingewiesen werden, daß diese sich auch von dreierlei her bestimmt und legitimieren muß: der Zielbestimmung (demokratische Begrenzung der Macht), dem Ausgangspunkt (Differenzerfahrung zwischen Normativität und Realität) und der Methode (gemeinsame kreative Lernprozesse mit den Betroffenen). Bei einer derart zu reflektierenden, christlich engagierten Vorgehensweise geht es keineswegs darum, die Interessen und das Gesellschaftsbild derer, denen das Engagement gilt, mit all den subjektiven Verstellungen zu übernehmen; soll aber andererseits die Neuumschreibung der Trägerschaft nicht im theoretischen Ansatz steckenbleiben, müssen Theologie und Sozial"lehre" ihre Avantgardenrolle ablegen und demgegenüber diejenigen ökonomischen Faktoren, Eigentumsstrukturen, Ausbeutungsformen und Mechanismen der Verschleierung von Interessen und Ungerechtigkeiten in die Analyse einbringen, die mit den Erfahrungen der Betroffenen korrespondieren.

Der Streit um die unterschiedlichen Gesellschaftsanalysen mußte ausführlich reflektiert werden, weil er einen grundlegenden Unterschied offenbart: (1) bei Vertretern der Stände- und Schichtentheorie lebt eine ursprünglich religiös legitimierte Vorstellung von Naturordnung fort, nach der die Einheit der Gesellschaft tendenziell nur über ein Kontinuum von oben gestaffelter Machtverteilung und -ausübung sowie durch eine möglichst stillschweigende Eingliederung aller gesellschaftlichen Gruppen in die vorgegebene Ordnung möglich ist. (2) Demgegenüber verweisen Vertreter einer Gesellschaftstheorie verschiedener Klassenlagen insbesondere darauf, daß die aktuellen Machtstrukturen über den Menschen als Ergebnisse der ungleichen Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu interpretieren sind; ohne die Konfliktthese zu totalisieren, betonen sie, daß die unterschiedlichen Klassenlagen durch die ungleiche Partizipation an der Herrschaft produziert wurden.⁸

8 W. Krämer, Entwicklung des Arbeiterbewußtseins und soziale Lage der Arbeiterschaft, Mainz 1980.

2. Interesse bei der Zielgruppendefinition

Ein soziologischer Ansatz der Gesellschaftsanalyse würde sich selbst widerlegen, wenn er bei der Beschreibung gesellschaftlicher Gruppen Einteilungen folgt, die nur von arbeits- und sozialrechtlicher Bedeutung sind. Die amtliche Statistik, welche die "abhängig Beschäftigten nach (ihrer) Stellung im Beruf" gliedert und von daher Beamte, Angestellte und Arbeiter unterscheidet, muß sich an leicht zugänglichen Kriterien orientieren. Aber die Aussage, im Jahre 1981 seien 10 Millionen (oder 47 Prozent) der abhängig Beschäftigten "Arbeiter" gewesen, läuft in mehrfacher Hinsicht der Gesellschaftsanalyse zuwider. Zum einen sind dann weder die erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen, noch die ehemals erwerbstätigen Arbeiter (Rentner) im Blick. Zum anderen zielt doch jede Betrachtung von sozialer Benachteiligung letztlich auf die betroffenen Familien. Außerdem ist die aus der amtlichen Statistik zahlenmäßig beschriebene Gruppe zu zwei Dritteln männlichen Geschlechts. In bestimmten Branchen arbeiten aber vorwiegend Frauen. In anderen, wie etwa im Kredit- und Versicherungsgewerbe, gibt es fast nur die arbeitsrechtliche Stellung der Angestellten (94 Prozent). Die arbeitsrechtliche Stellung des Arbeiters überwiegt im produzierenden und verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau, in der Energiewirtschaft und im Baugewerbe. Aber die Grenzen zwischen Arbeitern und Angestellten sind fließend: die Gruppe der Arbeiter hat sich im letzten Jahrzehnt (gegenüber Beamten und Angestellten) um 8 Prozent verringert; dies deutet schon auf die strukturellen Umschichtungsprozesse zwischen den einzelnen Branchen hin; zum anderen besteht zunehmend die Tendenz, bestimmte Facharbeiter ins Angestelltenverhältnis zu übernehmen (z.B. die Industriemeister, die Verkaufsfahrer). Da aber unsere Analyse auf die Merkmale der alltäglichen Arbeitssituation, der relativen Ohnmacht in sozialen Konflikten und besonders bei Betriebsstillegungen zielt, werden wir auch bestimmte Angestelltengruppen (und Beamte) vor Augen haben, insofern sie die kollektiven Erfahrungen

der Arbeiter teilen.

Dennoch muß der übergreifende Begriff "Arbeitnehmerschaft" als irreführend verworfen werden. Er verstellt den Blick für eine ethische Betrachtungsweise, denn die soziale Lage dieser Erwerbstätigen und ihrer Familien ist gerade dadurch bestimmt, daß sie in ihrer relativen Eigentumslosigkeit lebenslang dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft einzusetzen. Sie setzen ihre Arbeit in einem gemeinsamen Unternehmen ein, in dem andere durch ihren Kapitaleinsatz oder durch den Einsatz ihrer Leitungsfunktion zum Betriebszweck beitragen. Durch ihren Arbeits-einsatz erwerben sie Rechte, als "Arbeitnehmer" erscheinen sie semantisch als Empfänger.

Die gemeinsame Synode der Bistümer hat die Bedeutungsstruktur der Bezeichnung Arbeitnehmerschaft nicht eigens kritisiert und definierte die Arbeiterschaft als einen Teil der Arbeitnehmerschaft: "Der Begriff 'Arbeiter' knüpft nach wie vor an das Merkmal der unselbständig zu leistenden Arbeit im Rahmen des Lohnarbeitsverhältnisses an." Die daran anschließende, am historischen Entstehungsprozeß des Proletariats orientierte, inhaltliche Bestimmung, verweist auf die spezifischen Lebensbedingungen der "Arbeiterschaft", die in der "Existenzenge und Daseinsunsicherheit" gesehen werden. Aber die wiederholte Konkretisierung auf die "un- und angelernten Arbeiter" greift zu kurz, weil die Entfremdung vom Arbeitsinhalt, die technologisch oder konjunkturell bedingte Arbeitsplatzunsicherheit und die absolute Lohnabhängigkeit in vielen Gruppen der bisher handwerklich bestimmten Produktion oder in der Verwaltung und dem Vertrieb ebenso verbreitet sind oder durch die fortschreitende Automation drohen. Andererseits hat diese Umschreibung manche Arbeiter in ihrem historisch orientierten Selbstbewußtsein getroffen, da sie mit Blick auf die Kämpfe und Errungenschaften der Arbeiterbewegung einen Teil der Existenzenge und der Daseinsunsicherheit überwunden zu haben glauben. Offensichtlich assoziieren sie mit beiden Begriffen etwas ganz anderes, als die Verfasser des Synodenbeschlusses ausdrücken wollten.

3. Die gesellschaftliche Organisation der Erwerbsarbeit

Auf der Suche nach den bestimmenden Gründen für die gesellschaftliche Lage der "Arbeiterschaft" heute werden wir die entscheidenden Schritte der industriellen Revolution zu rekonstruieren haben, deren historisches Ergebnis die Arbeiterschaft darstellt. Daß die hinsichtlich ihrer Bezeichnungen, ihrer Erwerbschancen, ihrer Qualifikationen und Arbeitstätigkeiten äußerst heterogene gesellschaftliche Gruppe der Industriearbeiter in den Sozialgesetzen zum Ende des 19. Jahrhunderts überhaupt mit einem präzisierten Begriff umschrieben werden konnte, ist wesentlich durch deren kollektive Selbstfindung in der Arbeiterbewegung bedingt.

Die Anfänge dieser Entwicklung sind dadurch gekennzeichnet, daß die zuvor in relativ stabilen Berufen mit ganzheitlichem Inhalt organisierte Arbeit nach und nach aller Verordnungen über die soziale Sicherung, über den technischen Fortschritt, und damit auch des gesellschaftlichen Ansehens, entkleidet wurde. Mit der Einführung der absoluten Gewerbefreiheit wurde die zuvor historisch gewachsene gesellschaftliche Organisation der Arbeit durch eine ökonomistische ersetzt. Nicht mehr der politische Kampf der Zünfte entschied über das Maß der sozialen Sicherung und das gesellschaftliche Ansehen der Arbeitenden, sondern der "freie Markt" wurde der Maßstab für die Erwerbschancen der im Lohnarbeitsverhältnis beschäftigten Menschen. Dieser Wirtschaftsgrundsatz entstand dadurch, daß der Liberalismus die Idee der Volkssouveränität mit ihrem ursprünglich naturrechtlichen Gleichheitssatz zur "Gleichheit im Konkurrenzkampf" mit dem als natürlich anerkannten Sieg des Stärkeren umgestaltete. Die Nationalökonomie des Adam Smith wurde ihrer moralischen Grundlage beraubt, und die Tatsache, daß die Einführung des gleichen Stimmrechts für alle mit Hinweis auf die mangelnde Bildung der Arbeiter verhindert wurde, zeigt die parallele Sicherung von ökonomischer und politischer Herrschaft in der entstehenden Industriegesellschaft. Die großen technischen Erfindungen (Energieerzeugungsmaschinen, Arbeitsmaschinen, neue Verfahren bei der Rohstoffgewinnung und in der Stahlproduktion) und die Neuorganisation

der Produktionsweise in Fabrikhallen konnten unter ausschließlich ökonomischen Grundsätzen eingeführt werden. Der Arbeitsmarkt wurde auch für Frauen und Kinder geöffnet, die Reallöhne konnten dadurch soweit gedrückt werden, daß für viele Beschäftigte eine 80-Stunden-Arbeitswoche notwendig war, um das Existenzminimum zu sichern.⁹

Gekennzeichnet durch Besitzlosigkeit und Altersarmut, durch Arbeitskrankheiten und soziale Desintegration, stand eine große Bevölkerungsgruppe als neue gesellschaftliche Klasse (neben dem alten Mittelstand) der ebenso neuen gesellschaftlichen Klasse der Fabrikherren gegenüber. Die Einführung der industriellen Produktionsweise auf der Basis technischer Innovationen war aufgrund der Wirtschaftsordnung in eine soziale Revolution umgeschlagen.

Ein zweiter Schritt der industriellen Revolution vollzog sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Auf der Basis der Kapitalansammlung entstand die Großindustrie; die fortschreitende Technisierung erforderte Fabrikarbeiter mit hoher fachlicher Qualifikation. Gerade diese Facharbeiter sind die Stütze der Arbeiterbewegung. In dieser Phase wurde das von F.W. Taylor¹⁰ entwickelte System einer neuen Organisation der Arbeit eingeführt: Die Arbeit wird zerlegt in Planung, Entscheidung, Ausführung und Kontrolle. Neben die strukturelle, die durch das Lohnarbeitsverhältnis ausgeübt wird, treten die detaillierten Vorschriften über die Art und Weise, wie die zergliederte, vorstrukturierte Arbeit auszuführen ist. Dadurch erhält die "Kontrolle" einen völlig neuen Charakter als Beherrschungsinstrument; sie wird von einem hochspezialisierten Management wirksam eingesetzt. In dieser Phase geht die organisatorische Innovation der technischen Neugestaltung der Arbeit (dem Fließband) voraus.

Weitere wissenschaftliche Untersuchungen des Arbeitsprozesses brachten um 1930 die Bedeutung der Gruppeneinbin-

9 Vgl. die Beiträge von A. Paulinyi und A. Oppolzer, in: A. Eggebrecht u.a. (Hg.), Geschichte der Arbeit, Köln 1980.

10 F.W. Taylor, Die Grundzüge wissenschaftlicher Betriebsführung, Weinheim/Basel 1977.

dung zutage. Da diese Versuche unter dem Apriori analysiert wurden, durch richtige Organisation seien soziale Konflikte weitgehend auszuschalten¹¹, war diese angewandte Psychologie leicht als Instrument für den ökonomischen Machtaufbau vereinnehmbar. Unternehmensleitungen setzten das Instrument der subtilen psychotechnischen Führung der abhängig Beschäftigten seitdem auf verschiedene Weise ein: als System informeller Betriebsgruppen im betrieblicherseits vorstrukturierten Freizeitbereich zur Integration, als System von Hochleistungsgruppen vor allem in Frauenbetrieben zur Selbstkontrolle durch Gruppennormen, als Humanisierungsprogramm zur gruppalen Bewältigung von Arbeitsaufgaben.

War in der ersten industriellen Revolution der Hunger die Geisel, mit der die Menschen in die von Wirtschaftsinteressen beherrschte Arbeit hineingetrieben wurden, zielte die Neuorganisation der Arbeit in der zweiten industriellen Revolution auf eine radikale Produktivitätssteigerung. Durch die organisatorische Rationalisierung wurde bewußt in Kauf genommen, daß die menschliche Arbeit auf einfache, mechanische Handgriffe reduziert, auf ein Tätigsein ohne Überblick über den Gesamtprozeß, ohne zwischenmenschliche Beziehungen degradiert wurde. Die in einer derart organisierten Produktionsweise Arbeitenden sollten eine rein instrumentale Arbeitsauffassung entwickeln: ihr Interesse soll sich ausschließlich auf das ökonomisch verwertbare Ergebnis ihrer Arbeit richten, um ihre Integration in die Gesellschaft über den Konsum sicherstellen zu können.

4. Klassenlage durch Einbindung in interessenbesetzt konstruierte Arbeitssituationen

Alle bisherigen Überlegungen zur Trennung von Arbeitswelt und Wohnwelt in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften und die kritische Rekonstruktion der Gestaltungs-

11 E. Mayo, Probleme industrieller Arbeitsbedingungen, Frankfurt 1949; Vgl. L. Klein, Die Entwicklung neuer Formen der Arbeitsorganisation, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Nr. 20, Göttingen 1975.

konzepte der industriellen Arbeit sind von der Überzeugung getragen, daß die Betrachtung der gesellschaftlichen Lage der Arbeiterschaft vorrangig von einer Analyse der Arbeitssituation ausgehen muß. Die Dispositionschancen im Bereich Arbeitswelt sind nicht nur selbst ein wesentlicher Teil der Lebensbedingungen, sondern oft auch in verschiedenster Weise Ursachen für Position und Partizipation in anderen Lebensbereichen. Dieser Aspekt der Folgewirkungen von Arbeitssituationen für das Selbstwertgefühl, für das Familienverhalten, für die sozialen Kontakte, für das Bildungsverhalten und die politisch-kulturelle Partizipation, steht als Leitidee hinter den folgenden Betrachtungen, ohne jeweils die vielfältigen Verflechtungen explizieren zu können.

4.1 Bestimmungsgrößen der Arbeitssituationen

Um die verwirrende Vielfalt der verschiedenen Arbeitsformen in der industriellen Produktion und im Dienstleistungsbereich beschreiben zu können, sollten verschiedene Grundformen erwähnt werden. Die reine Handarbeit fordert meist körperliche Höchstanstrengungen; sie ist am schlechtesten bezahlt, mit dem kleinsten Dispositionsspielraum verbunden und streng überwacht. Die handwerkliche Arbeit verlangt eine hohe berufliche Qualifikation und hat dementsprechend meist große Freiräume. Fließbandarbeit bedeutet kleinste Bewegungsabläufe und beinhaltet kaum eigene Entscheidungsspielräume. Die Arbeit mit Einzelmaschinen erfordert berufliche Qualifikation und läßt in der Regel eigene Entscheidungen zu. Bei der Halbautomatenbedienung braucht der Arbeiter nur noch das Werkstück einzuspannen, der Arbeitsablauf ist programmiert. Die Arbeit an Aggregaten, an halb- oder vollautomatischen Anlagen, hat nur noch das Ablesen der Kontrollinstrumente zum Inhalt.

Werden die Arbeiter selbst nach den besonderen Belastungen in ihrer Arbeit und durch die Arbeitseinbindung befragt, nennen sie Probleme, die sich folgenden Bereichen zuordnen lassen: Belastungen durch das betriebliche Beziehungsgefüge (38 Prozent aller Nennungen), durch die Umweltbedingungen am Arbeitsplatz (36 Prozent), durch die Arbeits-

organisation (17 Prozent); demgegenüber werden technische Probleme (3 Prozent), die ökonomischen Bedingungen (9 Prozent), aber auch der Zusammenhang von Erwerbsarbeit und gesellschaftlicher Partizipation (5 Prozent) kaum als Probleme empfunden oder sie sind als solche nicht im Blick der Arbeiter. Stellt man aus ihren Äußerungen eine Rangliste konkret benennbarer Problemfelder zusammen, so ergibt sich folgendes Bild: Probleme mit dem Meister, Erhalt der Gesundheit, Sondervergütungen, Verleihen an einen anderen Arbeitsplatz, das Fehlen von Information, die fehlende berufliche Fortbildung, der Umgang mit ihren Verbesserungsvorschlägen, übermäßige Kontrolle, die Probleme der Leistungsgeminderten oder der Behinderten, der schlechte Umgangston. Aus dieser Problemliste wird deutlich, daß die Arbeiter noch vor der Belastung durch Hitze, Lärm und Staub und vor ihren Beschwerden über die rekreativen und sanitären Einrichtungen vorrangig die ungelösten sozialen Probleme beim Produktionsablauf als besondere Belastungen empfinden. Ihre Position am Ende der Befehls- und Informationspyramide, das Verfügen über sie durch häufiges Versetzen und Kontrollieren stellt für sie eine menschliche Degradierung und persönliche Verletzung in der Arbeit dar.¹²

Aber diese Problembeschreibung der Arbeiter muß andererseits kritisch hinterfragt werden, wenn die Schichtarbeit, die Isolation am Arbeitsplatz, die geringen Kommunikationsmöglichkeiten wegen des Lärms und der Arbeitshetze und das Problem der geringen kulturellen Partizipation (aus welchen Gründen auch immer) kaum im Problemhorizont auftauchen. Es ist nicht auszuschließen, daß hier zum Teil betriebliche Enkulturationen stattgefunden haben, die die Interpretation nahelegen, daß durch die lebenslange Einbindung in eine Betriebshierarchie und in eine funktional zergliederte Arbeit elementare Bedürfnisse verdeckt wurden. Erhärtet wird diese Annahme durch die Beobachtung, daß sich Arbeiter in erstaunlichem Maß kooperations- und kommunikationsfähig, aktiv und einfallsreich zeigten, ein stärkeres Interesse an beruflicher Bildung und politischer

¹² Die Rangliste beruht auf der Auswertung von Problemnennungen, welche Arbeiter eines Großunternehmens in Gruppendiskussionen in den Jahren 1971-1980 vorgetragen haben (Gesamtumfang 3520 Problemnennungen).

Mitbestimmung entwickelten, sobald ihnen das Recht eingeräumt wurde, an ihrem Arbeitsplatz Initiative zu entfalten und davon ausgehend die Befehlshierarchie und die Arbeitsorganisation zu ändern¹³. Auf der Grundlage dieser Erfahrungen, die Betroffene und Beobachter in hochdifferenzierten Produktions- und Dienstleistungsprozessen gewonnen haben, gilt es, einen sozialetischen Standpunkt zu entwickeln, von dem aus die Arbeitssituationen zu beurteilen sind: Die menschliche Arbeit kann nicht ausschließlich nach ihrer wirtschaftlichen Brauchbarkeit betrachtet (Laborem exercens 13.3) und auch nicht als bloße Erfüllung vorgegebener Ziele definiert werden, sondern sie ist immer eine freie, wissentlich und willentlich frei übernommene, Betätigung der Menschen, durch die diese Fähigkeiten einsetzen und beim Lösen der Arbeitsaufgaben ihre Fähigkeiten vervollständigen; in der Arbeit werden technische Hilfsmittel verwendet, und die Arbeit vollzieht sich in Organisationsstrukturen, welche so weiter zu entwickeln sind, daß die gerechte Versorgung der Menschen mit gemeinschaftsnützlichen Gütern gewährleistet ist.

Wer von diesem Standpunkt aus die fortschreitende Verdrängung der Facharbeiter durch angelernte Arbeiter beurteilt, wird nicht zum Gegner technischer Innovationen, sondern er wird fordern, daß die ethische Zielsetzung eines sparsamen Umgangs mit Stoffen und Kosten (nicht nur Lohnkosten) durch eine Technikentwicklung anzustreben ist, die mit den und durch die Betroffenen zu erfolgen hat. Demgegenüber ist festzustellen, daß die meisten Arbeiter in Situationen eingebunden sind, in denen sie einen Prozeß fortschreitender Dequalifikation erleben. Ihr Bildungsinteresse und ihr Selbstwertgefühl wird durch diese Erfahrung negativ beeinflusst. Als Menschen, die einfache ausführende Tätigkeiten zu vollbringen haben, erfahren sie eine zunehmende Verdichtung der Arbeit, einen Leistungszwang mit vornehmlich psychischen Folgen, der durch ein

13 W. Krämer, Mitbestimmung der Arbeitsorganisation in neuen Beteiligungssystemen, in: W. Klein (Hg.), Sinn und Zukunft der Arbeit. Konsequenzen aus Laborem exercens, Mainz 1982, 166-188; vgl. hier Anm. 7 und 16ff: Berichte über Einzelmodelle.

Lohnsystem verstärkt wird, welches eher vom Prinzip des Konkurrenzkampfes als von dem der Kooperationsbereitschaft bestimmt ist.

Da die sozialen Grundrechte der Arbeiter, das Recht arbeiten zu können, das Recht auf Selbstentfaltung in der Arbeit, politisch nicht durchgesetzt werden konnten, haben Arbeiter heute keinen Einfluß auf die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. Die ständige Vermehrung von Einzelarbeitsplätzen und die Reduktion des Arbeitsinhalts auf einfache Vollzüge sind oft die Vorstufen des vollständigen Ersatzes der arbeitenden Menschen durch automatische Systeme. Das Erleben dieser Situationen, vor allem aber die den Lebensrhythmus zerstörende Schichtarbeit, zeigen Auswirkungen in den anderen Lebensbereichen. Die Isolation der Väter in den Arbeiterfamilien, die verbreitete Kommunikationsunfähigkeit, der zum Teil vorherrschende autoritäre Erziehungsstil, die Reduktion der sozialen Kontakte auf den Verwandtenbereich und die überdurchschnittlich hohe Scheidungsquote der Arbeiterfamilien korrelieren zum Teil signifikant mit den Arbeitssituationen.

4.2 Arbeiterbewußtsein

Das in der Arbeiterbewegung manifest gewordene Bewußtsein der gemeinsamen Abhängigkeit wie auch der Wille, durch politische Aktionen diese Abhängigkeit zu verändern, sind seit der Ausbreitung des Taylorismus eher geschwunden. Die reduzierte Kommunikation während der Arbeit und die durch Lohnsysteme, durch Betriebs- und Branchenunterschiede bedingte Entsolidarisierung lassen gegenwärtig ein kollektives, kämpferisches Arbeiterbewußtsein nicht entstehen. Die weitere Differenzierung der Arbeitsorganisation und der rasch fortschreitende Wandel der Arbeitsinhalte verhindern das Entwickeln allgemeiner Wertmaßstäbe für die Arbeit, an denen sich ein relativ homogenes Selbstbewußtsein in der Arbeiterschaft aufbauen kann.

Auch die Erfahrungen mit ihren eigenen Vertretungsorganen beschreiben die Arbeiter doppeldeutig: die auf die Einheitlichkeit der gemeinsamen Initiativen, auf die Kontrollmöglichkeit und die Wahrung des Besitzstandes bedachten Ge-

werkschaften, können angesichts der Komplexität der Problemlage und der Geschwindigkeit des sozioökonomischen Wandels weder hinsichtlich ihrer eigenen Rolle (Ordnungsfaktor oder Gegenmacht) noch hinsichtlich der Staats- und Wirtschaftsentwicklung ein klar profiliertes, einprägsames Deutungsmodell vermitteln. Damit aber sind die Bedingungen für die Verfestigung eines ambivalenten individuellen Bewußtseins gegeben: Einerseits haben die Arbeiter in der Geschichte ihrer Bewegung immer wieder erfahren, daß sie eine Verbesserung ihrer Lage nur durch den solidarischen Kampf erreichen können, andererseits wurde ihnen durch die überbetrieblichen Löhne immer wieder von den Unternehmern signalisiert, daß sie Mit-nutznießer der nach den Unternehmerprinzipien vorangetriebenen wirtschaftlichen Entwicklung sind. Durch das Erleben dieses Zwiespaltes haben die Arbeiter zwar niemals die Identifikation mit ihrer Gewerkschaft auch nur in Frage gestellt, andererseits haben sie auch angesichts des gegenwärtigen strukturellen Wandels (mit über zwei Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik) weder ein Krisenbewußtsein noch zukunftsweisende Pläne (etwa eine weitreichende, tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsverteilung) entwickelt.

Diese Feststellung ist von der Überzeugung getragen, daß unsere Gesellschaft auf kreative, zukunftsweisende Beiträge der Arbeiterschaft nicht verzichten kann. Denn im Arbeiterbewußtsein spiegelt sich ganz eindeutig wider, daß unser Gesellschaftssystem vom Grundsatz der gleichen Rechte aller weit entfernt ist. Für die Arbeiter stellt sich unsere Gesellschaft als ein Zwei-Bereiche-System dar: auf der einen Seite stehen für sie die wenigen, welche die Werte und die Macht haben, auf der anderen Seite stehen sie selbst, die sich damit abfinden müssen, immer "die da unten" zu sein. Diese Äußerungen würden mißverstanden, wollte man aus ihnen eine jeweils persönliche Resignation ablesen. Arbeiter beschreiben differenziert ihre Tätigkeit und ihre Situation, urteilen differenziert über ihre Kollegen und über ihre direkten Vorgesetzten (oft verknüpft

mit einem gewissen Berufsstolz und nicht ohne Selbstwertgefühl), nur das Wirtschaftssystem und die Gesellschaft insgesamt beschreiben sie mit der abstrakten Zweiteilung.

In diesem Gesellschaftsbild ist die kollektive Erfahrung aufgehoben, daß bei allen Errungenschaften der Arbeiterbewegung, die nicht geleugnet werden dürfen, die Verfügungsrechte der Kapitaleinsetzer weit größer sind als die der Arbeitseinsetzer. Hier zeigt sich, daß es bisher nicht gelungen ist, der Arbeiterschaft das berechnete Gefühl einer gleichberechtigten Stellung in unserer Gesellschaft zu vermitteln. Trotz der konkreten, rationalen Beurteilung der individuellen Lage spiegelt sich in den kollektiven Bewußtseinsstrukturen der Arbeiterschaft, in ihrer resignativen Wertung der Klassenlage, die entscheidende Kluft unserer Gesellschaft wider: die Arbeiter denken nicht im Kontinuum, sondern erfahren sich in allen qualitativen Entwicklungsstufen des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens als die mit Abstand Benachteiligten.¹⁴

Vor dem Hintergrund ihrer kollektiven Ohnmachtserfahrung reagieren viele Arbeiter verletzt, wenn Menschen anderer Bevölkerungsgruppen wie selbstverständlich über ihre Privilegien sprechen oder sich über die Bedrohung ihrer privilegierten Position empören; es widerspricht dem Realitätssinn der Arbeiter, von ihrer Position aus urteilend, derartige Einschätzungen nachvollziehen zu können. In der Regel haben sie einen empfindlichen und starken Gerechtigkeitssinn entwickelt. Sehen sie andere ungerecht behandelt, stehen sie ihnen bei. Viele Arbeiter entwickeln ein deutliches Ehrgefühl auf der Grundlage dessen, was sie selbst aus eigener Kraft erreicht haben, und sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.

4.3 Sozialer Status der Arbeiterschaft

Der Hinweis auf den hohen Identifikationsgrad der Arbeiterschaft mit ihrer Organisation könnte leicht in die Be-

¹⁴ H. Popitz u.a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1977, 184-249.

hauptung vom "Gewerkschaftsstaat" umschlagen. Ein Blick auf die quantifizierbaren Ergebnisse des gesellschaftlichen Verteilungsprozesses belehrt eines besseren. Obwohl die Arbeiter ebenso gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichten, stehen sie sich schlechter als alle anderen sozialen Klassen: das verfügbare Haushaltseinkommen (einschließlich aller sozialen Leistungen) lag 1978 bei durchschnittlich 2100 DM, obwohl viele Ehefrauen mitarbeiten. In ihrem Alter haben Arbeiter nur eine sehr geringe Rente zu erwarten. Teilt man aber das Haushaltseinkommen auf die Familienmitglieder auf, so entfallen pro Mitglied im Arbeiterhaushalt weniger als 700 DM pro Monat; das ist weniger, als einem Mitglied eines Rentnerhaushalts im Durchschnitt monatlich zur Verfügung steht. Eine direkte Folge der ökonomischen Situation der Arbeiter ist ihre schlechte Versorgung auf dem Wohnsektor. Arbeitersiedlungen sind von Luftverschmutzung, Fabrik- und Verkehrslärm stärker betroffen als gemischte Wohngebiete und wesentlich stärker als geschlossene Wohngebiete der oberen gesellschaftlichen Klassen. Dabei verbringen Arbeiter ihre Freizeit vornehmlich in der Wohnung, obwohl diese verhältnismäßig klein ist. Die starke Konzentration auf die Familie ist das entscheidende Motiv. Verwandtenkontakte, vor allem über die Ehefrau, stehen im Vordergrund. Da die Arbeitererehefrau aus finanziellen Gründen mitarbeiten muß, werden die Kinder oft Dritten oder sich selbst überlassen; auch ältere Geschwister müssen Erziehungsaufgaben übernehmen. Die in der Arbeiterfamilie herrschenden Wertvorstellungen (Ordnung, Sauberkeit und Unterordnung) bestimmen Lebensanschauung und soziale Einordnung der nächsten Generation. Arbeiterkinder werden durch das öffentliche Bildungssystem besonders benachteiligt. Von Grundschullehrern werden sie nur halb so gut eingeschätzt, wie sie in Testverfahren unter Beweis stellen. Unter den Abiturienten stellen sie einen Anteil von 13 Prozent, aber nur 1 Prozent sind Kinder von ungelernten Arbeitern. Weil Arbeiter bei allen Wahlen vernachlässigt werden (die Wähler, auch sie selbst, erwarten von Repräsentanten Sachwissen, Sprachfertigkeit, nicht Lebenserfahrung), ist die

Arbeiterschaft insgesamt in allen Systemen der öffentlich-politischen Vertretung weit unterrepräsentiert. Obwohl doch die Hälfte aller Familien in unserer Gesellschaft Arbeiterfamilien sind, sind sie weder in den Parlamenten, noch in den Elternvertretungen der Schulen, noch in den Vereinen, noch in den Pfarrgemeinderäten auch nur annähernd anteilmäßig präsent. Dies bedeutet, daß ihre Probleme verschwiegen oder harmonisiert werden. Auch Soziologen, die von der Eingliederungsthese ausgehen, führen dies nicht auf den zu geringen Beteiligungswillen der Arbeiterschaft, sondern darauf zurück, daß die anderen Gruppen die "Integration der Arbeiterklasse" verhindern.¹⁵ Wer die Zielsetzung der Demokratisierung und Humanisierung unserer Gesellschaft vertritt, muß resignierend zur Kenntnis nehmen, daß die Arbeiterschaft ihren speziellen Erfahrungsbeitrag zur sozialen Gerechtigkeit nur ungenügend einbringen kann. Ihr wird im gesellschaftlichen Machtprozeß weitgehend nur eine Empfänger- oder Konsumentenrolle zugewiesen, obwohl gerade auch von dieser Trägergruppe (mit ihrem aus ihrer Lebenssituation erwachsenen Gerechtigkeitssinn) bei einer dialogischen kollektiven Entscheidungssuche zukunftsichernde Lösungsvorschläge zu erwarten sind.

5. Zukunft der Arbeiterschaft?

Arbeiter der Schwerindustrie, aber auch Betriebsräte haben in den vergangenen Jahren immer deutlicher ihre Distanz zur Fabrikarbeit bekundet; sie wollen sich nicht mehr vorzeitig gesundheitlich ruinieren, aber sie sind auch nicht mehr bereit, vorgefertigte Arbeitsrollen zu übernehmen, auf deren Gestaltung sie keinerlei Einfluß haben. Sie sehen die Erwerbsarbeit nicht mehr als einzigen Zugang zu materiellen Werten und schon gar nicht als Vorbedingung ihres eigenen Lebensglücks. Dennoch sind ihre Versuche der intensiveren Selbstversorgung, der Nachbarschaftshilfe, neuer sozialer Kontakte, der Weiterbildung und der politischen Beteiligung nur erste vage Ansätze einer neuen Orientierung, in der sie die Verbindung von Arbeit und Familie,

¹⁵ F. Fürstenberg, Die Soziallage der Chemiewarbeiter, Neuwied 1969.

von Arbeit und freiem Engagement anstreben. Ganzheitliche Arbeitsformen und die Freude am Ergebnis stehen im Vordergrund.

Nicht nur im Zusammenhang dieser zaghaften Neuorientierung, sondern vor allem angesichts der hohen und künftig noch steigenden Zahl der Arbeitslosen stellen sich die Fragen, wie angesichts des stagnierenden Arbeitsvolumens Jugendliche oder Erwerbslose wieder "Arbeit" finden können, wie sich unter den Bedingungen des Marktes und der Technikentwicklung Arbeitsorganisation und Unternehmensverfassung entwickeln werden, so daß wir berechtigterweise von einer Arbeit für Menschen sprechen können, wie eine künftige Verteilung der Arbeit und eine Verteilung der in der Erwerbswirtschaft erzielten Werte aussehen kann, wie sich die weitere internationale Arbeitsteilung entwickelt und schließlich, welche Formen und Chancen es außerhalb der formellen Wirtschaft gibt, Arbeit mit Versorgungscharakter zu entwickeln?

In der gegenwärtig geführten Diskussion zeichnen sich vor allem zwei kontroverse Thesen ab: (1) Die Protagonisten der Gütermaximierung rufen zum Ausbau der Wirtschaftsgesellschaft auf. Ihre Argumente gehen dahin, unsere Gesellschaft müsse der von ihr selbst vorgebrachten zivilisatorischen Logik folgen. Kopflose Arbeit und Arbeit mit gesundheitsschädigenden Belastungen sei auf Maschinen zu übertragen. Da qualifizierte Arbeit hohe Kosten verursache, sei sie entsprechend der bisherigen Entwicklungen unter Kostengesichtspunkten zu zergliedern. Aus dem Aufbau der hochentwickelten Produkte, die in Zukunft vermehrt nachgefragt würden, ergebe sich die Produktionstechnik. Den neuen Gruppierungen in der Arbeit würde wohl in einer Übergangszeit eine neue Gesellschaftsstruktur korrespondieren (Arbeitsbesitzer und Erwerbslose). Aber insgesamt könnte durch den Ausbau der freiberuflichen Eigen- und Verbandsarbeit sowie durch die Vermehrung ehrenamtlicher Tätigkeiten ein Ausgleich zur zwangsläufig technisch-rationalen Produktionsarbeit geschaffen werden.

Wird eine solche Wachstumsgesellschaft Realität, dann wird sich für einen Großteil der Arbeiterschaft die Klas-

sensituation verschärfen. Als Erwerbslose, die ihre Erwerbslosigkeit vererben, werden sie (durch ein Sozial-einkommen versorgt) ohne berufliche Identität denen gegenüberstehen, die im Bildungssektor, in der Freizeitindustrie und im Bereich der gesundheitlich-sozialen Betreuung tätig sind.

(2) Demgegenüber fordern Vertreter einer solidardemokratischen Gesellschaftsentwicklung die gerechte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit wie auch des in ihr erwirtschafteten Wohlstandes. Um die Verbindung von sinnvoller Arbeit und sinnvoller Freizeit wiederherzustellen, sei die verbliebene qualitative Arbeit zu erhalten, nicht zu zergliedern. Aber sie müsse gerecht verteilt werden. Dabei seien die verschiedensten Formen der Teilarbeit rechtlich so abzusichern, daß sie nicht der noch schnelleren Rationalisierung unterliegen. Der Rationalisierungsbegriff sei neu zu definieren, er müsse auch die sozialen Kosten, die Auswirkungen der Arbeit auf die Freizeitgestaltung und den Gebrauchswert der Produkte umfassen. Konkurrenzfähige Lösungen seien in dezentralen Organisationsformen unter Einsatz modernster Technik zu suchen, die unter Beteiligung aller Arbeitenden zu entwickeln sind.

In dieser Perspektive ergeben sich für die Arbeiterklasse berechnete Hoffnungen. Im Bewußtsein, daß die Wachstumswirtschaft mit dem Prinzip der quantitativen Steigerung der Warenmenge an objektive Grenzen stößt, müssen sich Gruppen um alternative Ziele organisieren. Hier geht es um die Rückgewinnung der Fähigkeit, in Eigeninitiative neue Tätigkeiten mit Erwerbscharakter für die eigene Familie oder für die Nachbarn zu entdecken. Hier geht es darum, dem Arbeitsvollzug wieder den Vorrang einzuräumen gegenüber dem Prinzip der Privatwirtschaft, alles von der kostengünstigen Erstellung des Arbeitsergebnisses her zu konstruieren. Gegenüber dem drohenden Protektionismus der Industrieländer gehört zu der Neuorientierung auch jede Arbeits- und Handelsform, die eine direkte Verbindung zu Genossenschaften in der Dritten Welt herstellt.

Angeichts der Zukunft der Arbeitsgesellschaft und ihrer

konträren Entwicklungsmöglichkeiten stellt sich die Frage nach dem Sinn der Arbeit in verschärfter Form. Der Philosoph und Berater von Solidarność, Jozef Tischner, hat seine Antwort so formuliert: "Der Sinn der Arbeit ist ähnlich dem Sinn eines Gesprächs. ... Die Arbeit hat einen Sinn, wenn die Arbeit der einen mit der Arbeit der anderen sich verbindet und wenn die Früchte verschiedener Arbeiten sich gegenseitig ergänzen. Die Wahrheit der Arbeit beruht also vor allem auf der Wahrheit der Verständigung zwischen den Menschen.... Die Verständigung durch die Arbeit ist die beste Art des modernen Kampfes für den Frieden."¹⁶

Die konkrete Antwort auf die Frage nach Sinn und Zukunft der Arbeit und die konkrete Gestaltung der Arbeit müssen die Trägergruppen selbst bestimmen können: aus der Zielsetzung der demokratischen Begrenzung der Macht, aus der Betroffenheit zwischen Normativität und Realität und in einem solidarischen Lernprozeß, in dem wir für die Schwächeren Partei ergreifen.

Dr. Werner Krämer, Wiss. Assistent
Oskar-Wachtel-Weg 11
4600 Dortmund 1

16 J. Tischner, Kultur der Arbeit, in: Diakonia 12 (1981), 402-404; vgl. ders., Ethik der Solidarität. Prinzipien einer neuen Hoffnung, Graz 1982.